

Interview

Integrationspolitik muss als Gesellschaftspolitik für alle verstanden werden

Der Migrationsforscher Bade sagt, dass es bei der „Islamkritik“ eine Verbindung zwischen Wortgewalt und Tatgewalt gebe.

Deutsch Türkische Nachrichten: Warum haben Sie dieses Buch „Kritik und Gewalt“ geschrieben, das schon vor seinem Erscheinen einigiges Aufsehen erregt hat?

Klaus J. Bade: Die Jahre 2010/11 waren eine Zäsur in der Integrationsdebatte: Am Anfang stand die Beendigung der absurden Diskussion über die angeblich flächendeckend „gescheiterte Integration“. Diesem Gerede der Desintegrationspublizistik wurde der Boden entzogen durch das im Frühjahr 2010 vorgelegte Jahrgutachten „Einwanderungsgesellschaft 2010“ des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), dessen Gründungsvorsitzender ich bis 2012 war. Wir dachten, wir hätten es geschafft, dauerhaft den Weg zu einer vernünftigen, ruhigen und pragmatischen Integrationsdiskussion zu eröffnen.

Das war ein Irrtum; denn im Sommer 2010 begann die zunehmend „islamkritisch“ und zunehmend auch antimuslimisch geführte Sarrazin-Debatte bis zum Frühjahr 2011. Sie brachte einen Rücksturz in die alte desintegrative Empörungsdiskussion über Integrationsfragen. Im Juli 2011 kam das antimuslimische Breivik-Massaker in Norwegen, im November 2011 die Aufdeckung der schon älteren antimuslimischen Serienmorde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) in Deutschland und die entsetzliche Blamage unserer Sicherheitsdienste bei deren Aufklärung.

Spätestens seit dem Massenmord des christlich-fundamentalistischen Terroristen Breivik war klar, daß es in Sachen islamophober und zum Teil auch muslimfeindlicher „Islamkritik“ eine fließende Grenze zwischen Wortgewalt und Tatgewalt gab. Die Sarrazin-Debatte, die NSU-



Integrationsforscher Klaus Bade.

Morde, das Versagen staatlicher Organe im Kampf gegen den rechten Terror in Deutschland und die unerhörten amtlichen Versuch, dieses Versagen zu verschleiern und zu vertuschen, lösten fast eine Staatskrise aus. Das alles hat tiefe Verletzungen besonders bei der muslimischen Einwandererbevolkerung hinterlassen, die man nicht symbolisch wegtrauern kann.

Ich will mit diesem Buch verhindern, daß man nun wieder schlicht zur Tagesordnung übergeht und so tut, als sei nichts gewesen. Wenn man die fremden- und insbesondere islamfeindliche Aggressivität in manchen Kreisen der Mehrheitsbevölkerung einerseits und die Verletzungserfahrungen in der millionenstarken muslimischen Einwandererbevolkerung andererseits nicht ernst nimmt, schwären die Probleme ungeklärt weiter und können sich später auf die verschiedenste Weise neu entladen. Mein Buch soll dazu beitragen, daß es nicht dazu kommt und Anstoß geben, gemeinsam über die eigentlichen Hintergründe nachzudenken..

Sie gehörten zu diesen kritischen Zeitgenossen. Was haben sie damals gesagt?

Ich habe seit Anfang der 1980er Jahre, zusammen mit wenigen anderen Forschern mit Praxisbezug im Feld von Migration und Integration und mit einigen Experten der Integrationspraxis, immer wieder vor den gesellschaftlich gefährlichen Folgen dieser demonstrativen Erkenntnisverweigerung und insbesondere davor gewarnt, die Eigen-dynamik von Integration „als gesellschaftspolitisches Problem ersten Ranges“ zu unterschätzen. Das könnte, so habe ich schon 1983 geschrieben, am Ende „für die politischen

Foto: privat

Parteien in der parlamentarischen Demokratie dieser Republik schwerwiegende Legitimationsprobleme aufwerfen.“ Das war, wie man heute weiß, leider keine unbegründete Sorge.

Wie reagierte Politik auf solche Warnungen?

Unsere Mahnungen und Warnungen wurden lange demonstrativ überhört oder verdrängt. Zu verdichten begann sich stattdessen kollektives Misstrauen gegenüber Migrations- bzw. Integrationspolitik, dann gegenüber Migration und Integration überhaupt und schließlich ersatzweise gegenüber der Zuwandererbevolkerung selbst. Erst im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, also mindestens ein Vierteljahrhundert zu spät, kam es zu kraftvollen integrationspolitischen und zögerlich auch zu migrationspolitischen Initiativen. Ihre Bedeutung wurde in der öffentlichen Diskussion oft ebenso wenig erkannt wie die Tatsache, dass Integration auf kommunaler Ebene, gemessen an den lange widrigen staatlichen Rahmenbedingungen, sogar meist relativ erfolgreich verlaufen war.

Integrationserfolge wurde allerdings häufig auch von fahrlässigen populistischen Politikern schlechtgeredet und in nicht wenigen Leitmedien larmoyant kaputtgeschrieben. Die Rede von der „gescheiterten Integration“ überdauerte deshalb, allen empirischen Gegenbelegen zum Trotz, denn schlechte Nachrichten laufen besser als gute. Das war einer der Hintergründe für die Empörungsexplosion der Sarrazin-Debatte 2010/11.

Sehen Sie direkte Ursache-Folge-Zusammenhänge zwischen Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und dem antiislamischen Terror von rechts?

Argumente verselbstständigen sich, zumal im Internet, und können irgendwann und irgendwo unbeabsichtigte Sprengkraft entfalten. Auch davor haben kritische Stimmen immer wieder vergeblich gewarnt. Dennoch gilt: Verurteilungen auf der Schiene „Wort und Mord“ sind kurzschlüssig. Persönliche Schuldzuschreibungen können selbst aus ideellen Übereinstimmungen zwischen publizistischen Äußerungen und sogar direkt darauf bezogenen Begründungen von Gewalttättern nicht abgeleitet werden. Daß Breivik sich z.B. auch auf den deutschen „Islamkritiker“ H. M. Broder berief, macht den ja nicht zu einem Mittäter. Es geht hier nicht um persönliche Haftung, sondern um ethische Verantwortung. Und da müssen die wortgewaltigen „Islamkritiker“ noch einiges lernen.

Was sollten diese wortgewaltige „Islamkritiker“ lernen?

Der angesprochenen ethische Verantwortung kann sich kein Publizist entziehen, der mit zündfähigen, z.B. latent kulturrassistischen bzw. so zu verstehenden Argumenten in hochexplosivem Gelände hantiert. Dazu gehört, solche Argumente so zu präsentieren, dass sie nicht unter Berufung auf die Autoren ohne weiteres als Brandsätze missbraucht werden können und, sollte dies doch geschehen, sich entschieden dagegen zu verwahren. Das ist aus opportunistischen, genauer gesagt kommerziellen Gründen nicht geschehen, denn es hätte zweifelsohne wichtige Leserkreise irritiert. Das war kalkuliert und beschämend. Genauso wie der anschließende

Versuch, so zu tun, als ging einen das gar nichts an, in frecher Vorwärtsverteidigung als Märtyrer der freien Rede aufzutreten und sogar den Eindruck zu erwecken, als werde die Diskussion um die Terrormorde nur geführt, um die „Islamkritik“ zum Schweigen zu bringen.

Unvergleichbar gefährlicher als die „islamkritische“ Publizistik waren und sind aber die hirnvorgiftenden antiislamischen Weblogs, die dem halbblinden Verfassungsschutz dreist auf der Nase herumtanzen. Das ist heute längst in die Kommentarschleifen fast aller Online-Zeitungen übergesprungen, weil die missionarischen Islamphobiker bestens vernetzt sind und ständig auf Chancen lauern, ihr ideologisches Gift zu verspritzen, meist nach den immer gleichen plumpen Techniken. Dazu gehören z.B. die pöbelnde denunziative Täter-Opfer-Umkehr, das scheinheilige Märtyrer- und Volksaufklärerspiel, der hinterhältige Versuch, die Adressaten in irgendwelche Mail-Kommunikationen zu verstricken und dann höhnisch, denunziativ und meist verfälscht die Ergebnisse in einschlägigen Kreisen verbreiten. Das Niveau ist widerlich und so flach, daß man sich vorsehen muß, um nicht draufzutreten.

Warum versagt der Verfassungsschutz gegenüber der antiislamischen Weblog-Agitation?

Der Verfassungsschutz sucht mit offenem Visier nach potentiell islamistisch-fundamentalistischen Terroristen. Er verdächtigt friedliche Moscheevereine und beobachtet nach „links“ hin sogar die Bundespartei Die Linke. Nach „rechts“ hin ist das Visier des Verfassungsschutzes halb geschlossen, weil das Sichtfeld eingeschränkt wird durch die „klassischen“ Kriterien des „Rechtsextremismus“, die noch aus dem Kalten Krieg stammen: Anti-Amerikanismus, Antisemitismus, Antizionismus, Blut- und Boden-Rassismus usw. Was in der Visierskala fehlt, ist der moderne Kulturrassismus, der sich nicht nur, aber besonders in der antiislamischen Agitation im Web 2.0 austobt. Das machen sich die digitalen Hetzwerke zu nutze. Nehmen wir als Beispiel mal den aggressiv islamfeindlichen Hardcore-Pranger „Madrasa of Time“ der den „Counterdijihad“ predigt: Die setzen aufs Cover oben links

den Zwiebelturm einer katholischen Kirche mit frommem Kreuz und oben rechts drei Davidsterne. Symbole für christliche Nächstenliebe, Israelfreundschaft und Philosemitismus aber passen nicht ins Fahndungsraster „Rechtsextremismus“. Und schon blättert der halbblinde Verfassungsschutz weiter.

Unsere Behörden haben nicht begriffen, daß die kulturrassistische Islam- und Muslimhetze in einer Einwanderungsgesellschaft gefährlich ist, weil sie das Grundvertrauen zwischen Mehrheits- und Einwandererbevölkerung braucht und diese Ausgrenzung in Deutschland immerhin mehr als 4 Mio. Menschen trifft, von denen fast 2 Mio. deutsche Staatsbürger sind.

Was verstehen Sie unter Kulturrassismus?

Bei rassistischen Dispositionen geht es heute nicht mehr um Rasse, Blut und Boden, sondern um pauschalisierende Kulturkonfrontationen. Islamkritik z.B. kann zu Kulturrassismus werden, wenn sie sich gegen „die islamische Kultur“, gegen „den“ Islam und „die“ Muslime richtet, denn: „Die islamische Kultur“ gibt es in dieser Pauschalisierung bekanntlich gar nicht. „Der“ Islam besteht aus den verschiedensten Lehrtraditionen, die sich weit stärker unterscheiden als z.B. die christlichen Konfessionen. Und „die“ Muslime unterscheiden sich in ihrem Verhältnis zu „dem“ Islam mindestens so wie die Christen in ihrem Verhältnis zu ihrer Religion, die für viele oft nur noch auf dem Papier steht, mit einem gravierenden Unterschied: Aus „dem“ Islam kann man, von bestimmten Glaubensrichtungen abgesehen, in der Regel nicht so persönlich problem- und folgenlos austreten wie aus einer christlichen Kirche oder gar einem Schwimmverein.

Sie sprechen von „Islamkritik“ in distanzierenden Anführungszeichen. Warum?

Ich sehe einen wichtigen und gefährlichen Unterschied zwischen drei Eckpositionen: Eine Eckposition ist der nötige Abwehrkampf gegen den islamistischen Terrorismus, der mit einigen Brückenköpfen auch in dieses Land vorgedrungen ist. Hier geht es um Islamismuskritik. Eine zweite, auch wissenschaftliche bzw. wertebezogene Islamkritik genannte Eckposition ist die

vergleichende Religionskritik, z.B. zwischen christlichen und den vielfältigen islamischen Lehrtraditionen. Das ist ein religions- und kulturwissenschaftliches Arbeitsfeld mit langer akademischer Tradition. Und dann gibt es eine dritte Eckposition: Da treiben, besonders im Web 2.0, die giftigen Sumpflüthen dessen, was der wissenschaftliche Sachkenner Navid Kermani zu Recht die „vulgärrationalistische“ und deshalb nur sogenannte „Islamkritik“ selbsternannter publizistischer Scheinexperten genannt hat.

Diese nur sogenannte „Islamkritik“ ist in Wahrheit nichts anderes als Islam- und Muslim-Denunziation nach dem kultur-rassistischen Dreisatz: 1. „Der“ Islam ist nicht integrierbar, also auch nicht „die“ Muslime, soweit sie sich nicht öffentlich von „dem“ Islam distanzieren – obgleich es „den“ Islam ebenso wenig gibt wie „die“ Muslime. 2. Die sogenannte „islamische Kultur“, die es in dieser Pauschalisierung ebenfalls gar nicht gibt, ist das Gegenteil der liberal-demokratischen Kultur, „der“ Islam ist also das Gegenteil „der“ Demokratie. Deshalb ist er gefährlich und muß bekämpft werden. 3. Wer das nicht versteht - der ist eben ein naiver „Gutmensch“, der lächerlich gemacht werden muß. Oder er ist ein gefährlicher „Schönschreiber“ wie ich selber. Und der muß, so die strengste Form der vorwiegend im Web 2.0 wabernden sogenannten „Islamkritik“ jenseits der Grenze zwischen Wortgewalt und Tatgewalt, nötigenfalls persönlich „zur Rechenschaft gezogen“, so z.B. die nach Einschätzung unserer Sicherheitsbehörden und Geheimdienste von einzelnen Mitgliedern oder Ortsverbänden des zentralen antiislamischen Internet-Prangers „Politically Incorrect“ gesteuerten Internet-Blogs „Nürnberg 2.0“ und „Chronik Berlin“. Weil es diese fließenden Grenzen zwischen den verschiedenen Formen der Islamkritik gibt, rede ich von „Islamkritik“ nur noch in Anführungszeichen

Ein zentraler Aspekt in Ihrem Buch ist das „Integrationsparadox“ in Deutschland. Was meinen Sie damit?

Es gibt, wie auch Naika Foroutan gezeigt hat, eine paradoxe Entwicklung in Deutschland: Integration ist viel besser

als ihr Ruf im Land. Die staatlichen Institutionen akzeptieren heute Integration als Mainstream-Thema. Kulturelle Vielfalt ist für eine wachsende Mehrheit besonders von jüngeren Menschen eine völlig normale Alltagsrealität. Aber genau deswegen formiert sich umso mehr das Lager der antiislamischen Kulturpessimisten, der desintegrativen Apokalyptiker und zivilisationskritischen Menetekelwerfer, die sich als Verlierer fühlen, das Abendland untergehen sehen und mit kulturalistischen Alarmrufen Rettung in der negativen Integration suchen.

Wie äußert sich diese „negative Integration“?

Eine starke, wenn auch tendenziell abnehmende, aber gerade deshalb umso lautere und aggressivere Gruppe der Mehrheit fühlt sich durch den rasanten eigendynamischen Wandel der Einwanderungsgesellschaft bedroht in ihrer „kulturellen Identität“, wobei viele gar nicht wissen, was sie damit meinen über nationale Folklore hinaus. Sie flüchten aus dieser Identitätskrise in eine Abgrenzung von Minderheiten, vorzugsweise von Muslimen, nach dem Motto: Unter dem Druck der rapiden kulturellen Veränderungen wissen wir zwar kaum mehr, wer wir selber sind, aber doch wenigstens, wer wir nicht sind und auch nicht werden wollen. Diese negative Koalition betreibt eine eskapistische Ersatzdiskussion anstelle der verdrängten Diskussion um die neue Identität in der Einwanderungsgesellschaft.

Was sollte die Politik aus ihrer Analyse folgern?

Meine produktiv gemeinte Kritik ist hoffentlich ein Anstoß mehr, „Integrationspolitik“ endlich als eine Gesellschaftspolitik für alle zu verstehen, die auch die Menschen ohne Migrationshintergrund mitnimmt. Wir brauchen dazu eine bewusst gelebte Vorbildrolle von Politik im Umgang mit den Themen Migration und Integration. Das ist ein Feld, in dem zu lange zu viele opportunistisch-populistische Fehler gemacht wurden, die in der Einwanderungsgesellschaft grob fahrlässig sind. Aber ich glaube noch immer an die Lernfähigkeit von Politik.

Ich fasse mal einige Botschaften meines Buches an die Adresse der Politik zusam-

men: Die Einwanderungsgesellschaft ist kein Zustand, sondern ein unübersichtlicher Sozial- und Kulturprozess. Er besteht aus dem Zusammenwachsen von Mehrheits- und Einwandererbevölkerung. Diese Eigendynamik verändert Strukturen und Lebensformen von Grund auf und am laufenden Band. Das macht vielen Menschen ohne Migrationshintergrund kulturellen und mentalen Stress und äußert sich z.B. in der Rede vom Fremdwerden im eigenen Land. Man muss das ernst nehmen. Nötig ist - von Neuzuwanderern und solchen, die nicht angekommen sind, also von Erstintegration und nachholender Integrationsförderung abgesehen - nicht mehr „Integrationspolitik“ für „Migranten“, sondern teilhabe-orientierte Gesellschaftspolitik für alle. Diese Gesellschaftspolitik muss auch Deutsche ohne Migrationshintergrund mit ihren Sorgen einschließen. Sie darf sich nicht in populistische Abwehrgesten und in die Beschwörung neuer Feindbilder flüchten und sich nicht hinter „Ängsten in der Bevölkerung“ verstecken. Nötig dazu sind gesellschaftspolitische Visionen und überzeugende Gestaltungskonzepte, die das Bundesinnenministerium derzeit offenkundig nicht hat.

Gelingt dieser Kurswechsel nicht, dann könnte Deutschland in den Weg anderer europäischer Länder einbiegen mit einem starken Wachstum rechtspopulistischer bzw. völkischer, von charismatischen Demagogen geführter Strömungen und Parteien, deren politisches Ticket Einwanderungs- und Integrationsfragen sind. Das aber wäre nur eine scheinbare „Normalisierung“ des deutschen Wegs in Europa; denn sie stünde im langen Schatten einer düsteren Geschichte, die sich gerade in Minderheitenfragen deutlich von derjenigen anderer moderner europäischer Einwanderungsländer unterscheidet.

Prof. Klaus J. Bade ist ein deutscher Politikberater und Migrationsforscher. Derzeit ist Bade Vorsitzender des Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Er ist Träger des Philip-Morris-Forschungspreises, des Jahrespreises der Helga und Edzard Reuter-Stiftung, der Justus-Möser-Medaille der Stadt Osnabrück und des Bundesverdienstkreuzes erster Klasse.